

## Innerstädtische Migration von Aussiedlern: räumliches Verhalten und Netzwerke als Ursache für Konfliktpotentiale am Beispiel der Stadt Mannheim

Swiaczny, Frank

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

GESIS - Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften

### Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Swiaczny, F. (2000). Innerstädtische Migration von Aussiedlern: räumliches Verhalten und Netzwerke als Ursache für Konfliktpotentiale am Beispiel der Stadt Mannheim. *Sozialwissenschaften und Berufspraxis*, 23(1), 61-85. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-37160>

### Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

### Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

# Innerstädtische Migration von Aussiedlern

## Räumliches Verhalten und Netzwerke als Ursache für Konfliktpotentiale am Beispiel der Stadt Mannheim

*Frank Swiaczny*

### 1 Einleitung

Seit 1988 ist, als Folge des Zusammenbruchs der kommunistischen Regime in Osteuropa, die Migration von Aus- und Übersiedlern in die Bundesrepublik Deutschland stark angestiegen. Zeitgleich erreichte auch die Zuwanderung von Asylbewerbern hohe jährliche Migrationssalden. Für die aufnehmenden Städte und Gemeinden entstanden durch die hohen Zuwanderungszahlen Probleme bei der Unterbringung, Finanzierung und Integration der Migranten. Während die Begrenzung des Zuzugs von Asylbewerbern in der öffentlichen Diskussion breiten Raum eingenommen hat, wurde eine vergleichbare Entwicklung bei den Aussiedlern bisher wenig beachtet (vgl. Kemper 1995; Rudolph 1994; White 1994).

Allein zwischen 1989 und 1998 kamen insgesamt etwa 2,3 Mio. Aussiedler in die Bundesrepublik, dies entspricht mehr als der Hälfte der Gesamtzuwanderung von 3,9 Mio. Aussiedlern seit 1950. Ein Spitzenwert der Aussiedlerwanderung wurde 1990 erreicht, als rund 400.000 Personen nach Deutschland einreisten (vgl. Abb. 1). Neben dem absoluten Umfang der Migration entstanden Probleme dabei vor allem dadurch, dass sich die Zuwanderung und damit auch die damit verbundenen Belastungen in bestimmten Regionen und Städten konzentrierten (vgl. Tiedtke 1989, S. 347).

Seit der Einführung des neuen Bundesvertriebenengesetzes 1993 ging die Zahl der Aussiedler stark zurück und betrug bereits 1996 nur noch rund 175.000 Personen. Auch gegenwärtig ist der Zuwanderungsdruck durch Aussiedler als Folge verschärfter Aufnahmeverfahren und Anerkennungskriterien weiter stark rückläufig und liegt 1998 bei nur noch etwa 100.000 Zuwanderern jährlich (Bundesverwaltungsamt 1999).

Durch die Einbeziehung der neuen Länder in den Verteilungsschlüssel für die Zuweisung von Aussiedlern in die Bundesländer konnte auch das Problem der ungleichen regionalen Konzentration der Zuwanderung entschärft werden. Die mittlerweile rechtlich mögliche Beschränkung der Freizügigkeit durch Zuweisung in eine Aufnahme-gemeinde verbunden mit der Kopplung des Bezugs von Sozialleistungen an den zugewiesenen Wohnort ermöglicht es, die Belastung der Städte und Gemeinden durch Ausgaben für Unterbringung und Sozialleistungen nun gleichmäßiger zu verteilen.

Aufgrund eines Strukturwandels der gegenwärtig zuwandernden Aussiedler und den Erfolgen bei der Entflechtung der Disparitäten auf Bundes- und Landesebene sind mittlerweile die innerstädtischen Konzentrationen von Aussiedlern als potentielle Konfliktherde in den Mittelpunkt des Interesses gerückt. Die folgende Untersuchung am Beispiel Mannheims basiert dabei auf einer Vollerhebung aller Umzüge von Aussiedlern aus den Übergangwohnheimen zwischen 1989 und 1997. Vor dem theoretischen Hintergrund des Netzwerkansatzes wird die innerstädtische Wohnstandortwahl der Aussiedler kleinräumig analysiert. Dabei steht die Frage nach den Ursachen und Folgen dieses räumlichen Verhaltens auf die sozialräumliche Struktur der Stadt und die Konsequenzen für die Sozial- und Stadtplanung (Binnenintegration, Segregation) im Mittelpunkt des vorliegenden Aufsatzes (vgl. Bürkner et. al. 1997; Veith 1994a).

## **2 Rechtliche Rahmenbedingungen der Aussiedlerwanderung**

Im Unterschied zur Zuwanderung anderer Migrantengruppen verfügen Aussiedlern bei ihrem Zuzug in die Bundesrepublik Deutschland über einen bevorzugten Rechtsstatus. Aussiedler sind, aufgrund deutscher Staatsangehörigkeit oder Volkszugehörigkeit nach Artikel 116 GG, Deutsche im Sinne des Grundgesetzes. Dieser Status wird im Bundesvertriebenengesetz (BVFG) vom 19. Mai 1953 auch Ehegatten und Kinder gewährt. Aussiedler sind nach dem BVFG demnach Personen, die nach dem Abschluss der allgemeinen Vertreibungsmaßnahmen nach Deutschland zugewandert sind. Ihnen, ihren Ehegatten und Kindern stehen, seit 1989 jedoch zunehmend eingeschränkte, Eingliederungsleistungen zu. Nach §6 dieses Gesetzes ist die Volkszugehörigkeit über das Bekenntnis zum „deutschen Volkstum“ definiert: „Deutscher Volkszugehörigkeit im Sinne dieses Gesetzes ist, wer sich in seiner Heimat zum deutschen Volkstum bekannt hat, sofern dieses Bekenntnis durch bestimmte Merkmale wie Abstammung, Sprach, Erziehung, Kultur bestätigt wird.“

Seit dem 1. Juli 1990 gilt nach dem Aussiedleraufnahmegesetz vom 28. Juni 1990 (AAG) jedoch ein verschärftes Aufnahmeverfahren. Aussiedler können nur noch dann in die Bundesrepublik übersiedeln, wenn sie zuvor in ihrem Herkunftsland einen Antrag gestellt und einen Aufnahmebescheid des Bundesverwaltungsamtes erhalten haben. Die Erteilung von Aufnahmebescheiden wurde durch das Bundesverwaltungsamt dazu genutzt, um in den Jahren 1991 und 1992, vor der Einführung gesetzlicher Zuwanderungsquoten, die Zahl der Aussiedler auf jährlich etwa 220.000 bis 230.000 zu beschränken.

Die Zuwanderung von Aussiedlern endete mit einer Gesetzesänderung 1992. Durch das Kriegsfolgenbereinigungsgesetz vom 21. Dezember 1992 (KfbG) wurden zahlreiche Gesetze, die Grundlage der bisherigen Aussiedlung waren, geändert, so dass als Konsequenz seit dem 1. Januar 1993 nur noch Spätaussiedler aus der ehemaligen Sowjetunion ohne Einschränkung zuwandern können. Personen, die aus anderen Herkunftsländern stammen, werden nur noch dann als Spätaussiedler anerkannt, wenn sie gegenwärtig aufgrund ihrer deutschen Volkszugehörigkeit andauernden Benachteiligungen ausgesetzt

sind. Für die Aufnahme von Spätaussiedlern wurde zugleich eine Zuwanderungshöchstgrenze von jährlich 225.000 Personen (+/- 10 %) festgesetzt. Langfristig wird das Zuwanderungspotential zudem durch eine neue Stichtagsregelung deutlich begrenzt, nach dem nur noch vor dem 1. Januar 1993 geborene Personen den Status eines Spätaussiedlers erlangen können, sofern die sonstigen Voraussetzungen vorliegen (vgl. Blahusch 1998; Haberland 1994).

### 3 Räumliche Verteilung der Aussiedler auf die Bundesländer und die Aufnahmegemeinden

Die räumliche Verteilung der Aussiedler auf die einzelnen Bundesländer erfolgt bereits seit 1952 nach einem vom Bundesrat festgelegten Verteilungsschlüssel, der zuletzt 1972 geändert wurde. Damit wird die räumliche Verteilung der Zuwanderung und der damit verbundenen Aufwendungen für Eingliederungsleistungen stark durch die Zuweisung bestimmt. Mit dem KfbG wurden 1993 die neuen Länder in dieses Verteilungsverfahren einbezogen und die bereits 1992 zwischen Bund und Ländern ausgehandelten Aufnahmequoten gesetzlich festgeschrieben (vgl. Tab. 1).

Tab. 1: Aufnahmequoten 1972 und 1993

Bundesland	Quote seit 1972 in %	Quote seit 1993 in %
Baden-Württemberg	16,9	12,3
Bayern	13,2	14,4
Berlin	8,0	2,7
Brandenburg	-	3,5
Bremen	1,2	0,9
Hamburg	3,1	2,1
Hessen	8,5	7,2
Mecklenburg-Vorpommern	-	2,6
Niedersachsen	8,2	9,2
Nordrhein-Westfalen	31,7	21,8
Rheinland-Pfalz	4,9	4,7
Saarland	2,5	1,4
Sachsen	-	6,5
Sachsen-Anhalt	-	3,9
Schleswig-Holstein	-	3,3
Thüringen	-	3,5

Quelle: Haberland 1994, S. 37; KfbG vom 21.12.1992: BGBl Nr. 58/1992 vom 24.12.1992

Die Erstaufnahme in Deutschland erfolgt in den 6 Erstaufnahmeeinrichtungen des Bundes, wo die Aussiedler zunächst für einige Tage untergebracht werden. Die weitere Verteilung durch die Länder erfolgt dann, von wenigen Ausnahmen abgesehen, über deren zentrale Aufnahmeeinrichtungen. Von dort erfolgt seit 1989 eine nach Bundesländern unterschiedlich geregelte verbindliche Zuweisung an die Stadt- und Landkreise, wo die Aussiedler in Übergangswohnheimen und Ausweichunterkünften Aufnahme finden, bis geeigneter Wohnraum zur Verfügung steht. In Baden-Württemberg wird die Verteilung auf die Kreise und kreisfreien Städte zu 50 % über die Einwohnerzahl und zu 50 % über die Fläche vorgenommen (Vgl. Veith 1994b).

Tab. 2: Räumliche Verteilung der Aussiedler in Deutschland (Unterbringung kursiv, Stand 1998)

Seit 7/90 Aussiedleraufnahmegesetz: Verfahren im Herkunftsland
Bundesverwaltungsamt erteilt Aufnahmebescheid
<i>Erstaufnahmeeinrichtung des Bundes</i> (Bramsche, Dranse, Enpffingen, Friedland, Hamm, Rastatt) Verteilung auf die Länder seit 1952, seit 1993 nach § 8 BVFG z. B. Baden-Württemberg 12,3 %
<i>Erstaufnahmeeinrichtung der Länder</i> (z. B. in Baden-Württemberg Tübingen) Verteilung auf Kreise, z. B. in Baden-Württemberg: 50 % nach Einwohnerzahl, 50 % nach Fläche
Verbindliche Zuweisung an Gemeinden (seit 1989) bei Bezug von Sozialleistungen <i>Unterbringung in Übergangswohnheimen und Ausweichunterkünften</i>

Quelle: nach Blahusch 1997, Bundesverwaltungsamt 1998, Hofmann et. al. 1991, Lederer 1997 und mündlicher Auskunft des Bundesverwaltungsamtes Köln

Durch die Zuweisung des Wohnortes wird die räumliche Verteilung noch stärker als bisher gesteuert, wobei die Wünsche der Betroffenen und familiäre Bindungen jedoch nach Möglichkeit berücksichtigt werden sollen. Nach dem Gesetz über die Festlegung eines vorläufigen Wohnortes für Aussiedler vom 6. Juli 1989 (seither mehrfach erneuert und geändert) ist der Bezug von Sozialleistungen durch Aussiedler gegenwärtig auch weiterhin an den zugewiesenen Wohnort gebunden (vgl. Münz/Ohlinger 1998a, S. 17). Damit soll verhindert werden, dass es nach der ersten Niederlassung der Aussiedler durch eine anschließende Binnenwanderung zu einer erneuten ungleichmäßigen Belastung einzelner Städte und Gemeinden kommt (vgl. Tiedtke 1989, S. 347; Tab. 2).

## 4 Zuwanderungsphasen und Strukturwandel der Aussiedler in Deutschland

Die Zuwanderung von Aussiedlern und Spätaussiedlern vollzog sich seit 1950 in drei Phasen und bis 1988 zunächst überwiegend in direkter Abhängigkeit von den jeweiligen rechtlichen Rahmenbedingungen in den Herkunftsländern und dem Stand der zwischenstaatlichen Beziehungen. Mit dem Zusammenbruch der kommunistischen Regime stiegen die Zuwanderungszahlen seit 1988 stark an. Die Phase anhaltend hohen Zuwanderungsdrucks dauert bis 1993. Mit den gesetzlichen Änderungen beginnt 1993 eine Phase der beschränkten Zuwanderung, jetzt fast ausschließlich auf Spätaussiedler aus den Staaten der ehemaligen Sowjetunion beschränkt (vgl. Ulrich 1994, S. 156).

Während der ersten Phase erreichte die Zuwanderung aus Polen bereits Ende der 50er Jahre einen Höhepunkt, der auf Familienzusammenführungen durch das Rote Kreuz zurückzuführen ist. Der länger dauernde Anstieg seit 1975 ist Folge der Entspannungspolitik. Der politische Wandel und die wirtschaftlichen Probleme haben in Polen Ende der 80er Jahre schon früh zu einem starken Ansteigen der Migration geführt, dessen Höhepunkt 1991/1992 überschritten wurde. Seit 1993 spielen Spätaussiedler aus Polen aufgrund der geänderten Anerkennungskriterien keine Rolle mehr.

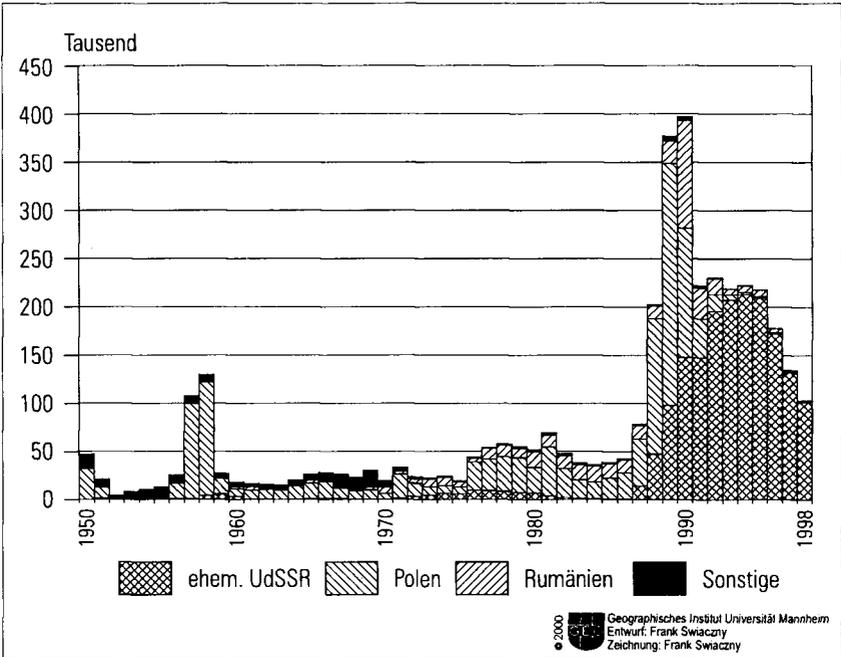
Die Zuwanderung aus der ehemaligen Sowjetunion blieb bis in die späten 80er Jahre völlig unbedeutend. Eine 1987 eingeführte Ausreiseregelung war Voraussetzung dafür, dass 1988 die Zahl von 10.000 Aussiedlern erstmals überschritten wurde. Nach einem raschen Anstieg wurde zwischen 1993 und 1995 fast das gesamte Zuwanderungskontingent von ca. 225.000 Personen durch Spätaussiedler aus der ehemaligen Sowjetunion genutzt. Seither sind die Zahlen wieder auf etwa die Hälfte gefallen.

Auch in Rumänien blieb die Zahl der Aussiedler zunächst sehr gering. Erst mit der Aufnahme diplomatischer Beziehungen 1967 begannen die Ausreisenzahlen leicht zu steigen. In Rumänien spielte die Entspannungspolitik ebenfalls eine wichtige Rolle für das Anwachsen der Aussiedlung auf mehr als 10.000 Personen im Jahr 1977. 1978 folgte schließlich eine Vereinbarung über die jährliche Aussiedlung von 12.000 - 16.000 Personen. Mit dem Zusammenbruch des Regimes verdoppelte sich die Zahl der Aussiedler 1989, 1990 reisten dann mehr als 110.000 Personen aus. Der anschließende deutliche Rückgang ist darauf zurückzuführen, dass bereits ein Großteil der deutschen Minderheit abgewandert ist (Heller/Koch 1987; Hofmann et. al. 1992, S. 12 ff.; Münz/Ohlinger 1998a, S. 4 ff.; Münz/Ohlinger 1998b, S. 187 ff.; Reichling 1986).

Der Zuwanderungsverlauf beläuft sich zwischen 1950 und 1992 in der Summe auf insgesamt etwa 2,8 Mio. Menschen, die als Aussiedler in die Bundesrepublik gelangt sind, davon allein die Hälfte zwischen 1988 und 1992. Zwischen 1950 und 1988 sind damit durchschnittlich rund 30.000 und zwischen 1989 und 1992 deutlich mehr als 250.000 Personen jährlich zugewandert. Davon stammten etwa 26 % aus der ehemaligen UdSSR, 51 % aus Polen und 14 % aus Rumänien. Zwischen 1993 und 1998 sind etwa 1,1 Mio. Spätaussiedler zugewandert, durchschnittlich rund 180.000 pro Jahr, davon mehr als 96 % aus den Staaten der ehemaligen UdSSR. Dies verdeutlicht, dass gegen-

wärtig nur noch eine Minderheit an Personen aus anderen Ländern nach den neuen Kriterien für Spätaussiedler anerkannt werden können (vgl. Abb. 1).

Abb. 1: Aussiedlerwanderung nach Deutschland 1950-1998



Quelle: Bundesverwaltungsamt 1999

Hinsichtlich des Strukturwandels der Zuwanderung (vgl. Lederer 1997, S. 239 ff.) ist die Konzentration auf Spätaussiedler aus der ehemaligen UdSSR von besonderer Bedeutung, weil diese Gruppe aufgrund der Bedingungen im Herkunftsland, insbesondere sofern es sich um jüngere Personen handelt, die deutsche Sprache nur unter großen Schwierigkeiten erhalten oder erwerben konnten. In einer Studie über den Eingliederungserfolg von Aussiedlern in den 90er Jahren kommen Mammey/Schiener (1998, S. 37) zu dem Ergebnis, dass ein relativ hoher Anteil von mehr als 40 % der Zuwanderer aus der ehemaligen UdSSR nur über ausreichende oder geringe Deutschkenntnisse verfügen, obwohl ein Sprachtest im Herkunftsland Voraussetzung für die Erteilung eines Aufnahmebescheides ist und Familien, bei denen alle Personen über gute Sprachkenntnisse verfügen, bei der Aussiedlung bevorzugt werden (vgl. Münz/Ohlinger 1998a, S. 29 ff.).

Sehr gut Deutsch können nach einer Selbsteinschätzung dagegen nur rund 10 %. Bei der weiteren Zuwanderung ist also damit zu rechnen, dass sich die Sprachkompetenz tendenziell weiter verschlechtern wird. Vor allem unter den jüngeren Aussiedlern sind die Sprachkenntnisse oft kaum ausreichend, was die Chancen auf dem Arbeitsmarkt deutlich einschränkt und die Integration in die deutsche Gesellschaft zumindest erschwert (vgl. Münz/Ohlinger 1998a, S. 23 f.; Ulrich 1994, S. 165 ff.). Im Vergleich zur beruflichen Stellung im Herkunftsland ist der Anteil moderner Berufe des post-industriellen Sektors in Deutschland gesunken. „Arbeit in der Bundesrepublik Deutschland wird von Aussiedlern um den Preis des beruflichen Abstiegs erkaufte“ (Mammey/Schiener 1998, S. 119).

## 5 Aussiedlerzuwanderung nach Mannheim – Verlauf und Struktur<sup>1</sup>

Der zeitliche Verlauf der Zuwanderung von Aussiedlern und Spätaussiedlern nach Mannheim unterscheidet sich nicht wesentlich von der Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland insgesamt. Die Zahl der Antragsteller geht auch in Mannheim von etwa 900 im Jahre 1989 auf unter 200 zwei Jahre später und auf etwa 100 seit 1994 zurück. Seit 1991 wurden fast ausschließlich Personen aus der ehemaligen UdSSR aufgenommen (vgl. Abb. 2). Für den Zeitraum von 1989 bis 1997 sind insgesamt 2185 Antragsteller

---

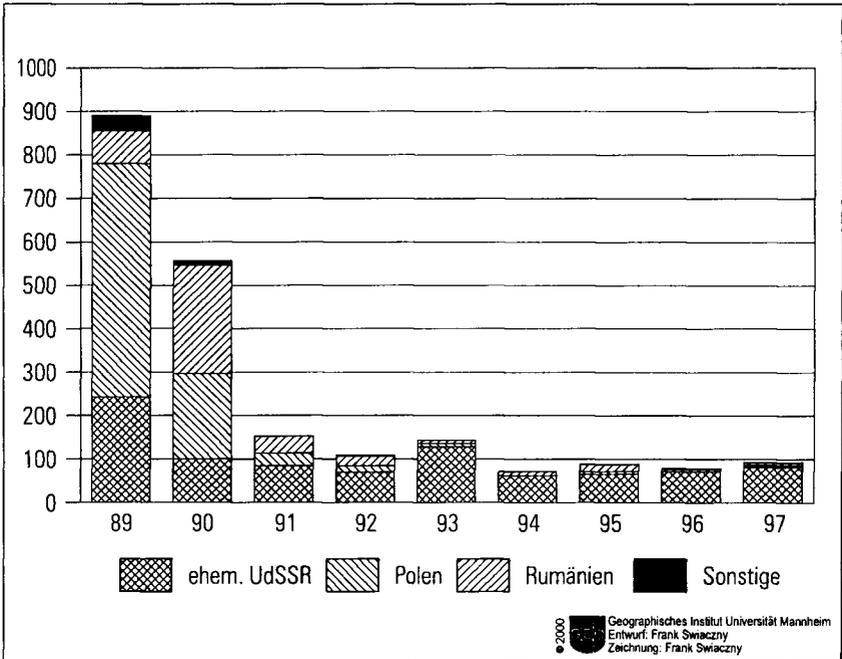
<sup>1</sup> Bei Forschungen zum räumlichen Verhalten von Aussiedlern besteht eine Schwierigkeit darin, dass sich diese schon nach relativ kurzer Zeit nicht mehr als solche in den einschlägigen Statistiken identifizieren lassen (vgl. u. a. Mammeý 1993, Góddecke-Stellmann 1994). Die vorliegende Untersuchung basiert daher auf einer anonymen Vollerhebung aller Zuzüge von Aussiedlern nach Mannheim zwischen 1989 und 1997. Die Auswertung der für Verwaltungszwecke geführten Karteikarten des Übergangwohnheims ergaben folgende Informationen: Geburtsjahr, -ort und -land des Antragstellers, Familienstand, Anzahl der ausgesiedelten Personen, Anzahl der Kinder, Herkunftsland und letzter Wohnort, Datum des Zuzugs in ein Übergangwohnheim, Unterbringungsort in Mannheim, Datum des Wegzugs aus dem Übergangwohnheim, Zieladresse. Die Auswertungen beziehen sich, soweit nicht anders angegeben, auf den Antragsteller.

Die Kartei des Übergangwohnheims erfasst nahezu alle nach Mannheim zugewiesenen Aussiedler. Nach Angaben des Leiters des Übergangwohnheimshat ein Vergleich zwischen den zugewiesenen und registrierten Aussiedlern gezeigt, dass nur sehr wenige Personen nicht auf Sozialleistungen angewiesen waren und direkt eine andere Unterkunft gefunden haben, so dass sie nicht in der Kartei des Übergangwohnheims registriert wurden.

Für die räumliche Auswertung der Umzüge aus den Übergangwohnheimen wurden schließlich alle Zieladressen ausgewertet und alle Ziele innerhalb Mannheims im Maßstab 1:2.500 gebäudegenau in einem Geographischen Informationssystem (GIS) digitalisiert. Etwa 10 % der Fälle konnten nicht punktgenau lokalisiert werden und flossen nur aggregiert auf der Ebene statistischer Bezirke ein. Etwa 2,5 % der Datensätze konnten nicht zugeordnet werden und wurden bei der räumlichen Analyse nicht berücksichtigt.

registriert worden, mit Familienangehörigen sind 5444 Personen nach Mannheim zugewandert.<sup>2</sup>

Abb. 2: Aussiedler in Mannheim nach Herkunftsländern 1989-1997



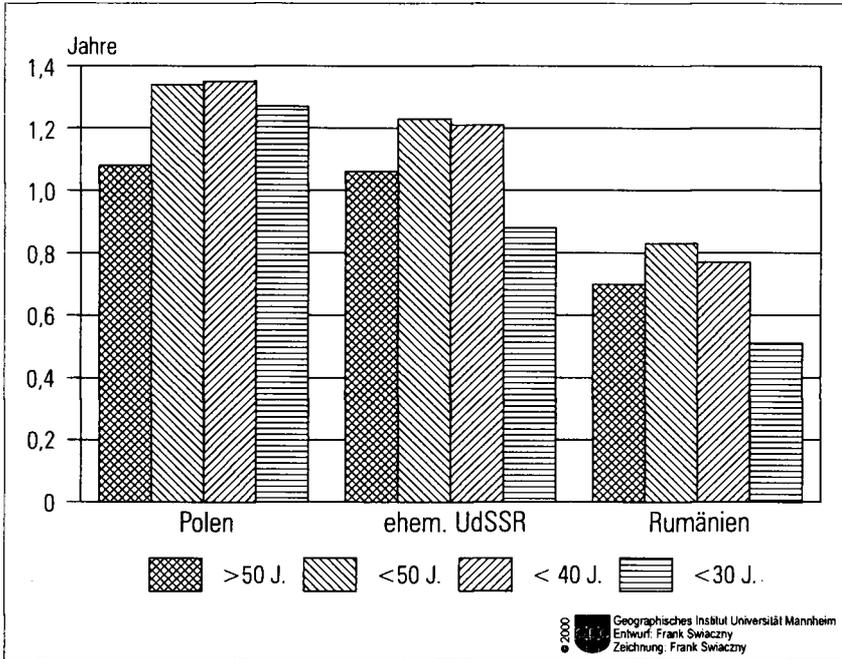
Quelle: Eigene Auswertung der Aussiedlerkartei der Stadt Mannheim 07/98

Allerdings weicht die Zusammensetzung der Aussiedler nach Herkunftsländer in Mannheim deutlich vom Bundesdurchschnitt ab, der Anteil der Aussiedler aus Rumänien liegt fast doppelt so hoch wie in Deutschland insgesamt. Hier lässt sich bereits der Einfluss der Netzwerkmigration erkennen, auf den weiter unten noch im Zusammenhang mit Auswirkungen auf die innerstädtische Mobilität eingegangen werden soll. Die bevorzugte

<sup>2</sup> Die Auswertung enthält alle Antragsteller, die zwischen 1989 und 1997 nach Mannheim zugewandert sind und weist, mit Ausnahme von Abbildung 5, auch solche Personen aus, die z. Z. der Auswertung noch im Übergangwohnheim lebten. Weitere insgesamt 199 Antragsteller wurden 1990 und 1991 mit ihren Familien von Mannheim an das Landratsamt Heidelberg weitergeleitet und dort untergebracht.

Zuwanderung von Personen aus Rumänien nach Südwestdeutschland in der Vergangenheit hat dazu geführt, dass dieser Raum auch heute als Wohnort von Aussiedlern aus diesem Herkunftsland bevorzugt wird (vgl. Heller/Koch 1987, S. 25). Dabei spielen familiäre Bindungen sowie Kontakte und Informationsaustausch mit Personen aus den Herkunftsorten eine Rolle, die bei der Zuweisung soweit möglich berücksichtigt werden.

Abb. 3: Aufenthaltsdauer im Übergangswohnheim 1989-1997

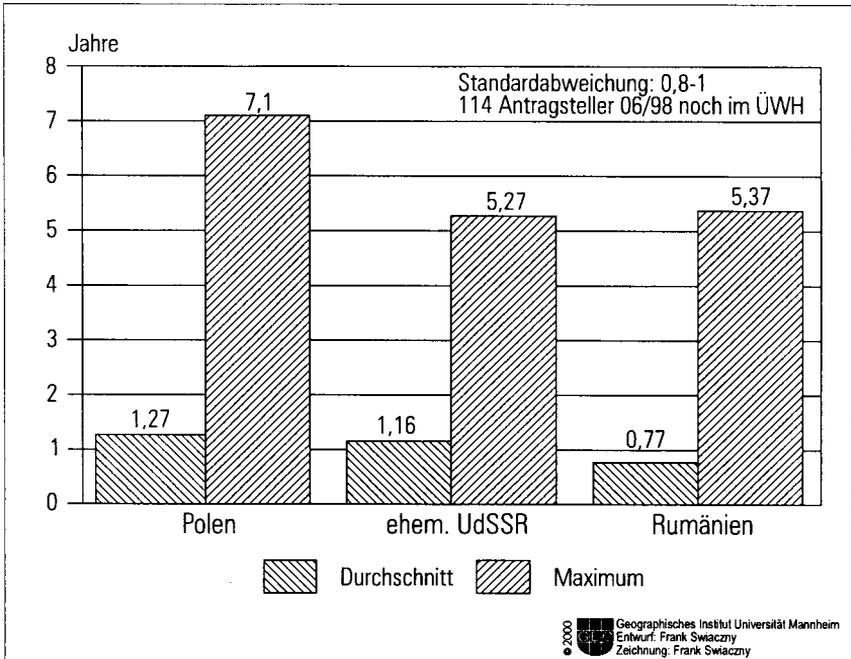


Quelle: Eigene Auswertung der Aussiedlerkartei der Stadt Mannheim 07/98

Bei der Auswertung der Geschlechterproportion ergibt sich ein Anteil von 60 % Männern, wobei zwischen den wichtigsten Herkunftsländern kaum Unterschiede bestehen. Der Anteil der verheirateten Personen unter den Antragstellern beträgt ebenfalls knapp 60 %, wobei der Wert für Aussiedler aus Polen mit rund 45 % am niedrigsten liegt. Bei diesen ist zugleich auch das Durchschnittsalter mit 45 Jahren um 6 Jahre geringer als bei Personen aus Rumänien oder der ehemaligen UdSSR. Dieses Muster setzt sich auch bei der Familiengröße und der Anzahl der Kinder fort. Auch hier liegen die Werte für Aussiedler aus Polen am niedrigsten (vgl. Swiaczny 1999). Über das Sprach- und Qualifikationsniveau und die berufliche Stellung liegen keine Informationen vor. Nach Aus-

kunft der Berater des Caritasverbandes haben sich jedoch sowohl die Sprachkenntnisse als auch die persönlichen Voraussetzungen für eine rasche Integration in den deutschen Arbeitsmarkt während der 90er Jahre deutlich verschlechtert. Dies zeigt sich auch an der im Durchschnitt langen Aufenthaltsdauer im Übergangwohnheim (vgl. Abb. 3 und 4).

Abb. 4: Aufenthaltsdauer im Übergangwohnheim nach Altersgruppen 1989-1997



Quelle: Eigene Auswertung der Aussiedlerkartei der Stadt Mannheim 07/98

Auch hier nehmen Aussiedler aus Rumänien eine Sonderstellung ein, ihre Aufenthaltsdauer im Übergangwohnheim ist geringer, was von den Betreuern des Caritasverbandes auf die Unterstützung durch Familienangehörige und Freunde aus den Herkunftsgebieten zurückgeführt wird, die sich bereits in Mannheim oder dem südwestdeutschen Raum niedergelassen haben (vgl. Heller/Koch 1987, S. 37). Zu berücksichtigen ist aber auch, dass die weitgehend geschlossene Siedlung Deutschstämmiger in Rumänien sowie deutschsprachige Schulen und kulturelle Angebote sehr gute Sprachkenntnisse zur Folge haben. Ein weiterer Aspekt, der die Bedeutung der Netzwerkmigration unterstützt, ist die Verteilung der Aufenthaltsdauer nach Altersgruppen. Hier ergibt sich das zunächst paradoxe Bild, dass jüngere aber vor allem ältere Personen besonders kurze Zeit im

Übergangwohnheim untergebracht sind. Während sich dies bei den jüngeren Personen auf deren bessere Integrations- und Arbeitsmarktchancen nach einem erfolgreichen Sprachkurs zurückführen lässt, spricht bei den Älteren viel für den Einfluss von Kettenwanderung. Viele älter Migranten wandern erst zu, nachdem sich Familienangehörige und Verwandte bereits etabliert haben, die sie dann bei der Wohnungssuche unterstützen (vgl. Lüttinger 1986, Mamme/Schiener 1998).

## 6 Innerstädtische Migration der Aussiedler in Mannheim

### 6.1 Räumliche Verteilung der Aussiedler in Mannheim

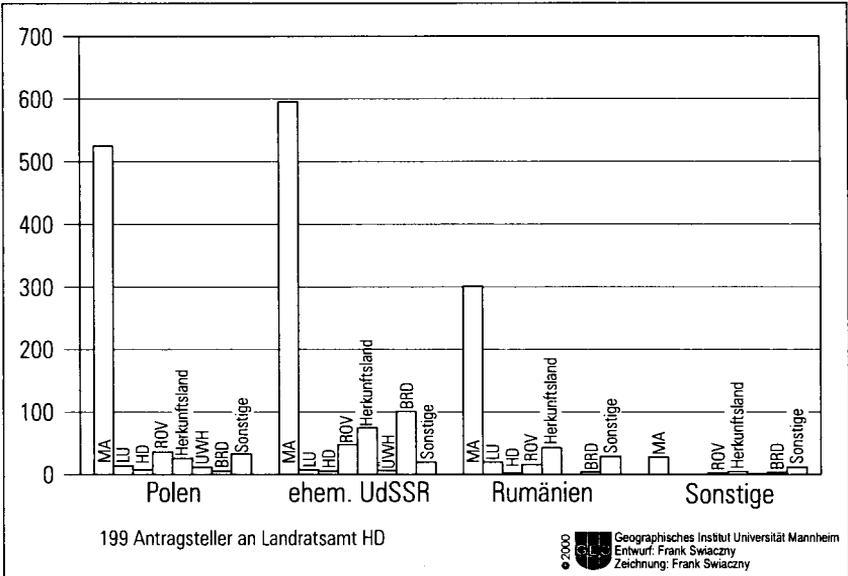
Bei der räumlichen Auswertung der Wohnstandortwahl nach dem Fortzug aus dem Übergangwohnheim ergibt sich, dass der überwiegende Teil der Personen in Mannheim selbst verbleibt. Die Nachbarstädte Ludwigshafen (LU) und Heidelberg (HD) spielen als Migrationsziele keine Rolle. Auch lässt sich keine nennenswerte Suburbanisierungstendenz feststellen, wie dem geringen Anteil der Zieladressen in den sonstigen Gemeinden des suburbanen Umfeldes im Raumordnungsverband (ROV) zu entnehmen ist. Wanderungen in sonstige Zielorte in der Bundesrepublik sind zahlenmäßig von geringer Bedeutung. Die höchsten Werte finden sich hier bei Aussiedlern aus der ehemaligen UdSSR und aus Rumänien, für beide Herkunftsländer liegt die Zahl der Fälle aber deutlich unter 100. Bei den Wanderungszielen von Aussiedlern aus Rumänien sind hier auffallend viele Gemeinden in Süddeutschland vertreten. Eine direkte Rückkehr ins Herkunftsland kommt bei Personen aus allen Herkunftsländern fast überhaupt nicht vor (vgl. Abb. 5).

Zu berücksichtigen ist hierbei jedoch, dass sich, aufgrund der seit 1989 gültigen Wohnortzuweisung, in den ersten zwei Jahren nur solche Aussiedler in anderen Städten niederlassen können, die nicht auf Sozialleistungen angewiesen sind. Die Niederlassung außerhalb Mannheims ist demnach zugleich ein Indiz dafür, dass die Integration in den Arbeitsmarkt geglückt ist und eine Wohnung auf dem freien Markt angemietet werden konnte. Bei der weiteren Interpretation ist allerdings zu beachten, dass sich aus dem vorliegenden Datenmaterial keine Aussage über folgende Migrationsschritte ableiten lässt, so dass alle Feststellungen auf die Wahl des ersten Wohnstandortes nach dem Fortzug aus dem Übergangwohnheim beschränkt bleiben müssen und sich die möglichen Schlussfolgerungen somit ausschließlich auf den Beginn des Integrationsprozesses in der Bundesrepublik beziehen.<sup>3</sup>

---

<sup>3</sup> Paneluntersuchungen, wie sie z. B. zur Analyse des Integrationserfolgs durchgeführt werden, eignen sich für Zwecke der Migrationsforschung nicht, da sich die mobilen Bevölkerungsteile nach Umzügen nur noch unvollständig für Befragungen erreichen lassen.

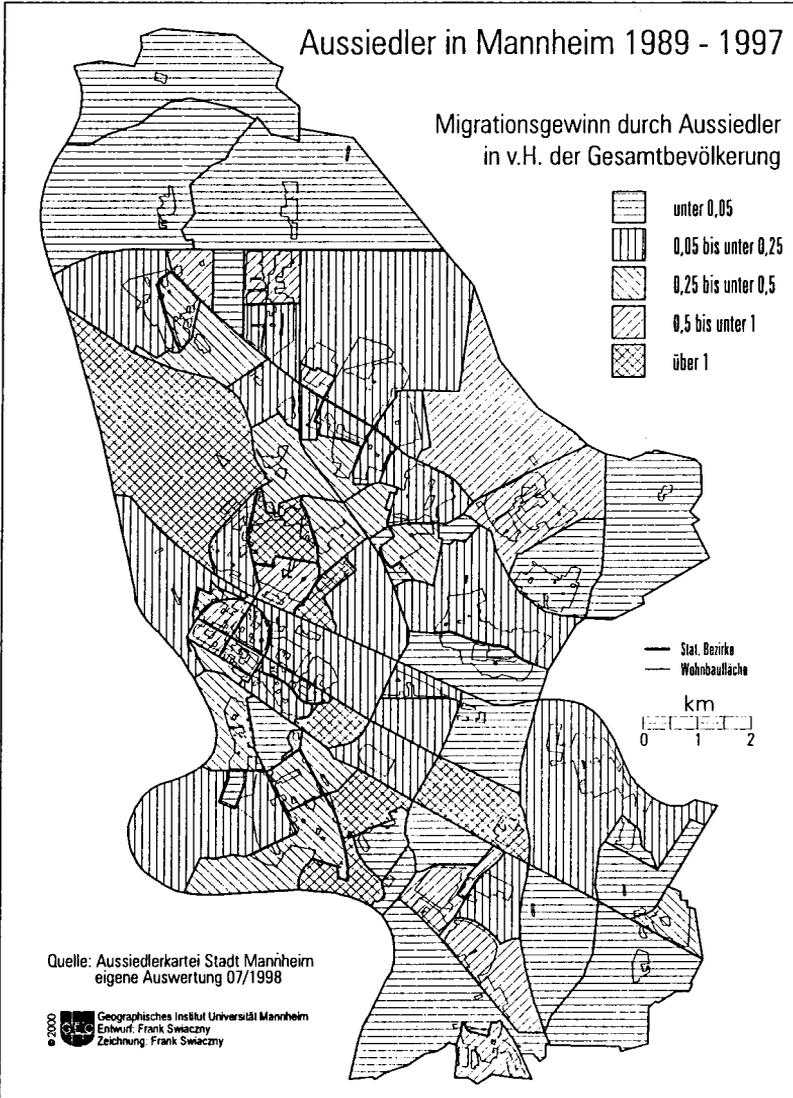
Abb. 5: Zielorte des Wegzuges aus dem Übergangwohnheim 1989-1997



Quelle: Eigene Auswertung der Aussiedlerkartei der Stadt Mannheim 07/98

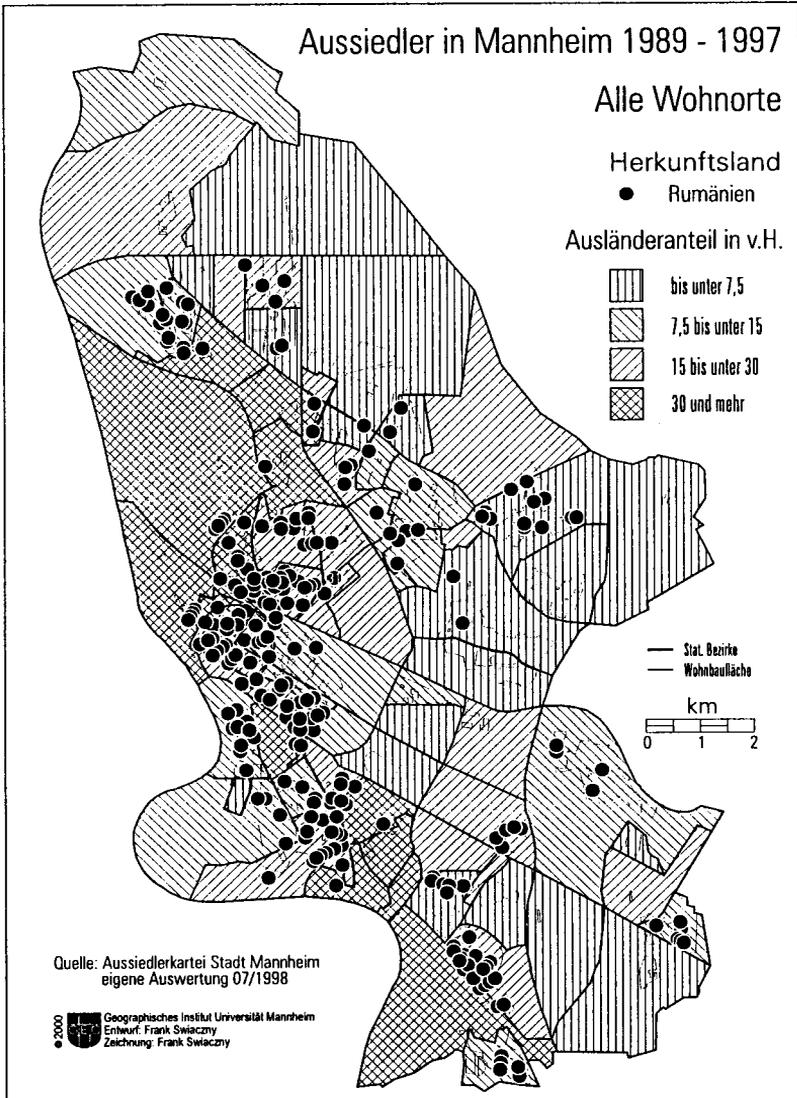
Die Abbildungen 6 und 7 zeigen die räumlichen Verteilungsmuster der Aussiedler in Mannheim nach dem Wegzug aus dem Übergangwohnheim. In Abbildung 6 wird die Summe der Zuzüge von Aussiedlern im Zeitraum von 1989 bis 1997 als Anteil an der jeweiligen Gesamtbevölkerung des statistischen Bezirks dargestellt. Im Vergleich zu den Ausländeranteilen (vgl. Abb. 7) fallen dabei die geringen absoluten Zuwanderungsgewinne durch Aussiedler auf. Obwohl diese Werte nicht direkt miteinander verglichen werden können und Aussiedleranteile an der Gesamtbevölkerung statistisch nicht ausgewertet werden dürfen, weisen beide jedoch zumindest hinsichtlich der räumlichen Verteilung Ähnlichkeiten auf (vgl. Swiaczny et. al. 1999). Am Beispiel der Aussiedler aus Rumänien zeigt sich, dass deren Wohnstandorte sehr häufig in Stadtteilen zu finden sind, in denen auch viele Ausländer leben (vgl. Abb. 7). Vergleichbare räumliche Muster ergeben sich auch für Aussiedler aus anderen Herkunftsländern, so dass sich, vergleichbar der Konzentration von Ausländern, Gebiete mit einem hohen relativen Anteil an Aussiedlern herausbilden.

Abb. 6: Wanderungsgewinn durch Aussiedler 1989-1997 als Anteil an der Gesamtbevölkerung



Quelle: Eigene Auswertung der Aussiedlerkartei der Stadt Mannheim 07/98

Abb. 7: Wohnstandorte der 1989-1997 zugezogenen Aussiedler aus Rumänien und Ausländeranteil



Quelle: Eigene Auswertung der Aussiedlerkartei der Stadt Mannheim 07/98 und Swiaczny et. al. 1999

## 6.2 Netzwerkmigration

Nach Einschätzung von Experten bei Caritasverband, Übergangwohnheim und Wohnungsamt spielen bei der Wohnungssuche die Unterstützung durch Familienmitglieder und Kontakte, die sich im Übergangwohnheim zwischen Personen aus gemeinsamen Herkunftsgebieten ergeben haben, eine große Rolle. Dies deckt sich mit den Aussagen verschiedener Autoren (Heller/Koch 1987; Tiedtke 1989; Metz/Barsch 1991), die hinsichtlich des Migrationsverhaltens von Aussiedlern immer wieder den Einfluss familiärer und sozialer Kontakte auf die Entscheidung bei der Wahl eines Wohnstandortes betont haben. Auf die Bedeutung dieser Kontakte für die Entstehung interregionaler Disparitäten bei der Zuwanderung von Aussiedlern aus unterschiedlichen Herkunftsländern wurde bereits hingewiesen (vgl. Mammey/Swiaczny 2001). Welches Ausmaß die Bedeutung persönlicher Bindungen erreichen kann, wird besonders deutlich, wenn man die ungleiche regionale Verteilung der Aussiedler aus unterschiedlichen Herkunftsgebieten in den Bundesländern betrachtet (Hofmann et. al. 1992, S. 17 ff.; Münz/Ohlinger 1991, S. 738; Münz/Ohlinger 1998a, S. 20 ff.). Diese ist trotz der durch das Verteilverfahren bedingten umfassenden staatlichen Regelung des Migrationsprozesses u. a. durch Binnenmigration entstanden und aufrecht erhalten worden (Hofmann et. al. 1992, S. 19 ff.).

Den theoretischen Rahmen zur Einordnung dieses Sachverhaltes liefert die Migrationsforschung. Bei der zeitweiligen oder dauerhaften Verlagerung des Wohnortes im Zuge räumlicher Mobilität entstehen emotionale oder psychologische sowie finanzielle Kosten und Risiken, welche die Entscheidung zur Migration beeinflussen. Diese Tatsache fließt in zahlreiche Ansätze der Migrationsforschung ein. Deterministische Modelle wie die Push-Pull-Theorie unterstellen dabei, dass zwischen den Vor- und Nachteilen der Wanderung sowie deren Kosten und Risiken eine rationale Nutzenabwägung stattfindet. Verhaltensorientierte Migrationsmodelle berücksichtigen hingegen auch Unsicherheiten und subjektive Bewertungen als Grundlage individueller Entscheidungen (vgl. Boyd 1989, allgemein auch Bähr 1983; Bähr et al. 1992).

Unabhängig vom gewählten Untersuchungsansatz ist der Einfluss, den familiäre oder persönliche Kontakte auf den Migrationsprozess haben, vielfältig und basiert wesentlich auf der Bereitstellung von Informationen und der Verringerung von Kosten und Risiken der Wanderung. Entsprechende Ergebnisse der als Netzwerkmigration bezeichneten Vorgänge sind vor allem für die Gastarbeiterwanderung beschrieben worden (vgl. z. B. Baily 1982; Banerjee 1983; Knights/King 1998; Wilpert 1992).

*„It is now widely accepted that networks based on kin, friendship, and community ties link sending and receiving communities and provide a coherent structure for populations of migrants. However, very little work describes empirically how these networks operate, whether and how they vary by ethnic and policy contexts, and what their impacts are for migrants and migration systems“* (Gurak/Caces 1992, S. 150).

Gurak und Caces (1992) gliedern die Netzwerkforschung in zahlreiche Ansätze, die sich hinsichtlich ihrer geographischen Perspektive weiter nach Prozessen im Zielgebiet, im Herkunftsgebiet und die Vernetzung beider Gebiete durch Migrationsvorgänge

weiter differenzieren lassen. Hinsichtlich des Zielgebietes sind folgende Teilansätze zu unterscheiden:

- Die Bedeutung von Netzwerken als Teil einer unmittelbaren Überlebensstrategie hinsichtlich der Versorgung mit Wohnung und Arbeit.
- Netzwerke in der Funktion einer kurzfristigen Reduzierung der migrationsbedingten psychologischen und finanziellen Kosten.
- Netzwerke in der Funktion einer langfristigen (Binnen-)Integration in ethnisch geprägte Gemeinschaften.
- Netzwerke als Verlängerung des Wertesystems der Herkunftsländer auf die Migranten im Zielland, zum Nutzen der Herkunftsländer.

Für die Migration wird unterschieden in:

- Netzwerke als Instrument der Rekrutierung und Beeinflussung von Migranten durch Informationsaustausch (Kettenmigration).
- Netzwerke als Initiatoren von Migration durch Unterstützung bei Transport und Niederlassungskosten.
- Netzwerke als Teil eines Migrationssystems mit Austausch von Informationen, regelmäßigen Besuchen sowie der Zirkulation oder Rückkehr von Migranten.
- Die Abschwächung von Netzwerken, die sich auf mehr als einen Ort beziehen.
- Die Veränderung von Netzwerken durch den Wandel im Lebenszyklus der beteiligten Personen.

Im Herkunftsgebiet sind von Bedeutung:

- Netzwerke als Möglichkeit, Ressourcen in die Herkunftsgebiete zu lenken und sozialen Aufstieg zu ermöglichen;
- Lokale Netzwerke im Herkunftsland als Mittel, die Abwesenheit der Migranten zu kompensieren (verändert nach Gurak/Caces 1992).

Der Netzwerkansatz lässt sich sowohl auf die Binnenwanderung als auch auf die internationale Migration anwenden (vgl. Forschungsüberblick bei Fischer 1977). In der vorliegenden Arbeit soll das Konzept der Netzwerkmigration auf die innerstädtische Wanderung von Aussiedlern übertragen werden. Bei den Aussiedlern spielen, im Vergleich zu anderen Migrantengruppen, einige besondere Rahmenbedingungen eine Rolle, die hierzu diskutiert werden müssen. Im Hinblick auf die Wahl und räumliche Verteilung der Wohnstandorte der Aussiedler in Mannheim soll untersucht werden, ob sich die auf der Makro- und Mesoebene gewonnenen Erkenntnisse auch auf die Mikroebene der innerstädtischen Migration übertragen lassen und eine Erklärung für die Konzentration der Aussiedler in einzelnen statistischen Vierteln bieten und welche Konsequenzen dies für die Entstehung von Konfliktpotentialen hat.

### 6.3 Netzwerkmigration bei Aussiedlern

Boyd (1989) hat den Einfluss von Immigrationsgesetzen auf die Vorgänge der Netzwerkmigration hervorgehoben. Als Beispiel für den Einfluss rechtlicher Rahmenbedingungen ist in diesem Zusammenhang zunächst einmal die illegale Migration zu nennen. Migranten ohne legalen Aufenthaltsstatus sind, da sie zu diesem Zweck nicht die staatlichen oder marktwirtschaftlichen Angebote nutzen können, in hohem Maße darauf angewiesen, bei der Suche nach Arbeit, Wohnung bzw. bei der Gewährung von notwendigen Startkrediten die Hilfe von vertrauenswürdigen Personen in Anspruch zu nehmen. Die Bedeutung von familiären oder persönlichen Vertrauensverhältnissen ist unter solchen Rahmenbedingungen offenkundig. Eine völlig gegensätzliche Situation stellt hingegen die Zuwanderung von Aussiedlern in die Bundesrepublik dar. Im Unterschied zur illegalen Migration ist die Situation der Aussiedler gerade dadurch gekennzeichnet, dass sie über volle rechtliche Gleichstellung mit der ansässigen deutschen Bevölkerung verfügen und nach der erfolgten Anerkennung den Zugang zu zahlreichen Eingliederungshilfen und den üblichen Sozialleistungen haben, die ihnen als Staatsbürger ohne Einschränkung zustehen. Somit ist eine der Funktionen, die Netzwerke üblicherweise erfüllen, die Absicherung gegenüber finanziellen Risiken, bei Aussiedlern bereits durch die rechtlichen Rahmenbedingungen und staatliche Leistungsgewährung weitgehend erfüllt.

Auch der zweite von Gurag und Caces formulierte Aspekt, die Informationsbeschaffung und Vorbildfunktion bzw. die Bereitung von Kettenwanderungsbahnen und die Unterstützung beim eigentlichen Migrationsvorgang spielt bei Aussiedlern nur eine bedingte Rolle. Die Informationsversorgung erfolgt über die deutschen Institutionen im Ausland ubiquitär und durch die Antragstellung sowie Abwicklung und Finanzierung über die deutschen Vertretungen im Herkunftsgebiet wird für den eigentlichen Aussiedlungsvorgang keine weitere Eigeninitiative oder besonderen Kenntnisse mehr benötigt. Eine gewisse Rolle spielt hingegen, besonders bei Aussiedlern aus Rumänien, die weitere Verstärkung des Abwanderungsdrucks durch die hohen Migrationsverluste der deutschen Gemeinden im Herkunftsgebiet, durch die z. B. die Aufrechterhaltung des Gemeindegemeinschaftszusammenhaltes und der Infrastruktureinrichtungen stark erschwert wird. Die Zuwanderung in die Bundesrepublik ist, wie bereits ausführlich beschrieben, durch das Verteilungsverfahren und die Wohnortzuweisung stark geregelt. Die besonderen Wanderungsbedingungen setzen sich auch nach der Aufnahme in den Übergangwohnheimen fort, wo die Aussiedler von speziellem Personal bei der weiteren Integration unterstützt werden und insbesondere bei der Wohnungssuche bevorzugt auf die Beratungsstellen und das Wohnungsamt zurückgreifen können (vgl. Güttler 1989, S. 347).

Es bleibt als dritter Aspekt die Verringerung psychologischer und emotionaler Kosten durch Netzwerke und die Unterstützung bei der Integration in die Gesellschaft der Bundesrepublik. Hierbei spielt nicht nur der Spracherwerb und die Anpassung an die erforderlichen, im Vergleich zum Herkunftsgebiet unterschiedlichen, beruflichen Qualifikationen eine Rolle. Die Aussiedler verfügen häufig auch über ein anderes Wertesystem und vor allem die mit ihren Familien wandernden Jugendlichen können sich wenig mit

der neuen Gesellschaft identifizieren, von der sie oft, auch wegen geringer Sprachkenntnisse, nicht als zugehörig betrachtet werden (vgl. Münz/Ohlinger 1998a, S. 24 f.). Hier muss allerdings offen bleiben, inwieweit die Replikation räumlicher Nähe bei der Zuwanderung in erster Linie der Verringerung migrationsbedingter Folgen und der Unterstützung bei der Bewältigung des täglichen Lebens oder dem Wunsch entspricht, primär soziale und familiäre Kontakte aufrechterhalten zu können, wie dies auch bei der ansässigen Bevölkerung häufig der Fall ist. Dabei darf aber den Kontakten im direkten Wohnumfeld keine zu große Bedeutung beigemessen werden. „Ein Großteil der Kontakte wird demnach mit außerhalb des engeren Wohnumfeldes wohnhaften Freunden, Bekannten und Verwandten gepflegt, während nachbarliches Verhalten in erster Linie ‚funktional‘ bleibt (Bonacker/Häufele 1986, S. 119 f.).“

Im Gegensatz zu anderen Formen der Wanderung spielt bei Aussiedlern die Zirkulation und Rückkehr, zumindest normativ, keine Rolle. Obschon, wie am Beispiel Mannheims gezeigt werden konnte, auch einzelne Fälle von Rückkehr ins Herkunftsland zu verzeichnen sind und man davon ausgeht, dass insbesondere zahlreiche Aussiedler aus Polen mittlerweile zwischen Deutschland und Polen pendeln, hat die Aussiedlung doch überwiegend den Charakter einer dauerhaften Niederlassung.

#### **6.4 Netzwerke bei innerstädtischer Wanderung**

Netzwerke haben auf Bundes- und Länderebene dazu beigetragen, dass es zu regionalen Konzentrationen von Aussiedlern aus bestimmten Herkunftsländern gekommen ist. Auch innerstädtisch kommt es zu räumlichen Konzentrationen von Aussiedlern in bestimmten Vierteln und Wohnquartieren. Ob Netzwerke maßgeblich daran beteiligt sind beeinflusst die Beurteilung dieser Konzentrationen im Hinblick auf das Konfliktpotential. Dabei ist die Bedeutung von Netzwerken bei der Entstehung von Gebieten mit hohen Anteilen von Aussiedlern in einer Stadt eng mit einer möglichen Binnenintegration dieser Migranten verknüpft. Erfolgt die Bewältigung des Alltages und die psychische Stabilisierung überwiegend über die Binnenintegration in einem Umfeld von Personen der eigenen Gruppe, kann dies einerseits die schrittweise Integration fördern, andererseits besteht aber die Gefahr, dass sich eine „ethnische“ Gruppenidentität entwickelt. Blaschke (1992) hat in einer Untersuchung für ausgewählte Stuttgarter Wohnviertel gezeigt, dass die materielle Integration der Aussiedler zwar recht schnell erfolgte, sich das tägliche Leben aber stark auf die eigene Gruppe bezieht (vgl. 1992, S. 21). Die normativen Forderungen der Umwelt an die Integration der Aussiedler, die ihre Aussiedlung und gegenüber anderen Migrantengruppen bevorzugte Stellung über kulturelle Gemeinsamkeiten und Volkszugehörigkeit begründet haben (vgl. Kap. 2), lässt die Entstehung einer „Aussiedleridentität“ als nicht wünschenswert erscheinen. Bei weiterhin ungünstigen Integrationsbedingungen auf dem Arbeits- und Wohnungsmarkt könnten langfristig Segregationstendenzen entstehen, die die Integration der Aussiedler zusätzlich behindert und in den betroffenen Wohngebieten zu einer Verschärfung der bereits bestehenden Konflikte führen kann (vgl. Bürkner 1998b, S. 6 f.).

Die Bedeutung der Netzwerkmigration bei der innerstädtischen Mobilität von Aussiedlern unterliegt den bereits im vorigen Kapitel beschriebenen spezifischen Einschränkungen. Zudem können schon aufgrund der kurzen, auf innerstädtischer Ebene zurückzulegenden Distanzen, sowohl finanzielle Aspekte als auch die Verfügbarkeit von Informationen nur eine geringe Rolle spielen. Auch bei der Wohnstandortwahl nach dem Wegzug aus dem Übergangwohnheim sind die Optionsmöglichkeiten durch die Vorgabe staatlicher Rahmenbedingungen bestimmt (vgl. Bürkner 1998a, S. 67). Neben der Bindung an den Wohnort bei Bezug von Sozialleistungen sind hier vor allem das Angebot und die Vergabepaxis des öffentlich geförderten Wohnungsbaus zu nennen. Bei der Wohnungssuche können die Aussiedler bevorzugt auf den Sozialwohnungsbestand der Stadt Mannheim zurückgreifen. In Mannheim besteht hier die besondere Situation, dass das Wohnungsamt der Stadt nicht nur die Belegungsrechte für ihre eigenen Wohnungen ausübt, sondern, zusammen mit einer Wohnungsbaugesellschaft, auch für einen Großteil des übrigen geförderten Wohnungsbestandes.

Selbst wenn man berücksichtigt, dass Informationen über frei werdende Wohnungen einen Vorteil bei der Bewerbung um Wohnraum verschaffen könnten und Netzwerken damit eine Bedeutung zukäme, kann dies in Mannheim nur begrenzt wirksam sein. Die Belegung wird in Mannheim vom Wohnungsamt nach einem System der Dringlichkeit gehandhabt, wobei darauf geachtet wird, dass es zu keiner übermäßigen Konzentration von einzelnen Gruppen in bestimmten Gebieten oder einzelnen Wohngebäuden kommt. Somit besteht im Rahmen des regulierten sozial gebundenen Wohnungsmarktes, der für die Aussiedler von besonderer Bedeutung ist, nur bedingt die Möglichkeit, eigene Wohnstandortwünsche zu realisieren (vgl. Bürkner 1998a, S. 67; Hofmann et. al. 1992, S. 62 ff.).

Um den konkreten Einfluss von Netzwerken zu untersuchen, wurde anhand der Auswertung der Aussiedlerkartei in einem Geographischen Informationssystem analysiert, ob es überhaupt zu einer räumlichen Konzentration und Vergesellschaftung von Personen aus gleichen Herkunftsorten kommt. Hierzu wurden für die wichtigsten Herkunftsländer jeweils die Herkunftsorte ausgewählt, aus denen die meisten Aussiedler kamen und die zugehörigen Wohnstandorte in Mannheim kartiert. Hier sollen stellvertretend die Ergebnisse für vier rumänische Herkunftsstädte dargestellt werden (vgl. Abb. 8). Obwohl sich analog zu Abbildung 7 Konzentrationen an bestimmten Standorten und in bestimmten statistischen Bezirken feststellen lassen, kommt es nicht zu eindeutiger räumlicher Ballung von Personen aus gleichen Herkunftsorten. Zwar finden sich an einigen Standorten gehäuft Zuzüge von Personen aus gleichen Herkunftsorten, doch muss hier ergänzend noch der zeitliche Verlauf des Zuzuges berücksichtigt werden, der in Abbildung 8 undifferenziert für den gesamten Zeitraum 1989 bis 1997 dargestellt ist. Hier liegen teilweise viele Jahre zwischen den Zuzügen, so dass davon ausgegangen werden kann, dass früher zugezogenen Personen zumindest teilweise bereits wieder weggezogen sind. Die für Aussiedler aus Rumänien getroffenen Feststellungen lassen sich vergleichbar auch für andere Herkunftsländer zeigen. Neben dem Erfolg der „Dekonzentrations- und Entflechtungspolitik“ bei der Wohnungsvergabe spielt bei der Bewertung des mög-

lichen Einflusses von Netzwerken auch die lange Aufenthaltsdauer im Übergangswohnheim eine Rolle, durch die persönliche Kontakte entstehen, die sich in ihrer Wirkung nicht von bereits vor der Zuwanderung bestehenden Netzwerken unterscheiden lassen (vgl. Blaschke 1992, S. 22). Weitere aufschlussreiche Beziehungen würde sicher auch die Analyse familiärer Beziehungen liefern, die aufgrund der anonymen Auswertung der Aussiedlerkartei ebenso wenig möglich ist wie ergänzende Befragungen.

Zusammenfassend lassen sich Niederlassungsmuster der Aussiedler in Mannheim wie folgt beschreiben:

- Die Wohnstandorte der Aussiedler sind überwiegend durch ihre Position auf dem Wohnungsmarkt gekennzeichnet. Auf dem freien Wohnungsmarkt ist diese zum Beginn des Integrationsprozesses mit der Situation der Ausländer vergleichbar. Entsprechend wird günstiger Wohnraum in der Innenstadt und den Innenstadtrandbereichen sowie an Wohnstandorten mit schlechter Wohnqualität entlang der Ausfallstraßen und in der Nähe von Industrie- und Gewerbegebieten verstärkt von Aussiedlern nachgefragt. Die Übereinstimmung von hohem Ausländeranteil und überdurchschnittlichem Aussiedlerzuzug sind überwiegend hierauf zurückzuführen.
- Aussiedler sind an den Standorten des sozialen Wohnungsbaus besonders stark vertreten, so z. B. in den Stadtvierteln Schönau, Rheinau und der Großwohnsiedlung Vogelstang. Im letztgenannten Gebiet befindet sich die höchste Konzentration von Aussiedlern in einem Gebiet mit einem verhältnismäßig geringen Ausländeranteil.
- Zwar kann eine räumliche Konzentration von Aussiedlern anhand der Verteilung der Wohnstandorte festgestellt werden, ein eindeutiger ursächlicher Zusammenhang zu Herkunftsländern oder bestimmten Herkunftsorten ergibt sich hieraus jedoch nicht. Die Wohnstandorte der Aussiedler korrelieren vielmehr so deutlich mit den in den beiden oben genannten Punkten dargestellten Verteilungsmustern, dass die diesen räumlichen Strukturen zugrundeliegenden Ursachen als dominierend eingeschätzt werden müssen. Von einer durch Netzwerkbeziehungen gesteuerten gruppenspezifischen Segregation oder der Bildung sozialräumlicher Viertel kann daher in diesem Fall nicht gesprochen werden.
- Möglicherweise vorhandene Bestrebungen, familiäre oder soziale Netzwerke durch räumliche Nähe zu reproduzieren, werden durch die Restriktionen beim Zugang zu Wohnraum sowie die Standorte des sozialen Wohnungsbaus überlagert, so wie diese bereits auf der Mesoebene durch die Zuweisung in eine Aufnahmegebende beschränkt werden. In Mannheim wirkt sich zudem die Belegungspraxis des Wohnungsamtes restriktiv aus.
- Bei den Zuzügen von Aussiedlern nach Mannheim ergeben sich für den Zeitraum von 1989 bis 1997 nur in wenigen statistischen Bezirken Migrationsgewinne von mehr als 1 % der Gesamtbevölkerung. Die insgesamt geringen Anteile der Aussiedler an der Bevölkerung der Wohnquartiere bieten keine Hinweise auf die Bildung von „ethnischen“ Vierteln. Der geringe Aussiedleranteil spricht auch dagegen, dass es im Zuge von Binnenintegration zur großflächigen Segregationspro-

zessen kommt, die der Realisierung gruppenspezifischer soziale Kontakte im Alltag dienen, wie dies für Vierteln mit hohem Ausländeranteil diskutiert wird (vgl. Bonacker/Häufele 1986; Bürkner 1998b). Im Unterschied zu Gruppen mit höheren Bevölkerungsanteilen besteht im Fall der Aussiedler kein spezifischer Vorteil von räumlicher Konzentration auf der Ebene statistischer Bezirke. Ob dies auch für Wohnquartiere und einzelne Gebäude gilt, muss offen bleiben. Die geringe Bedeutung von Kontaktmöglichkeiten zu anderen Aussiedlern im Wohnumfeld wird allerdings auch durch empirische Ergebnisse gestützt, nach denen nur 15 % der Aussiedler eine Präferenz für Wohnstandorte in Nachbarschaft zu Aussiedlern haben (Mammey 1993, S. 274). Vielmehr muss für Aussiedler auf den von Zelinski und Lee (1998) beschriebenen „Heterolocalism“ hingewiesen werden, nachdem sich ethnische Gemeinschaften in städtischen Gebieten auch ohne räumliche Nachbarschaft etablieren und ihre Funktion erfüllen können (vgl. Höllinger/Haller 1990).

## 7 Konsequenzen für die Sozial- und Stadtplanung

Soziale Netzwerke spielen vor allem dort eine Rolle, wo die emotionalen und finanziellen Kosten und Risiken einer Migrationsentscheidung groß sind. Dies ist, wie gezeigt werden konnte, bei Aussiedlern aber nicht im gleichen Maße der Fall wie bei anderen Migrantengruppen. Bei der innerstädtischen Migration spielen Netzwerke bei Aussiedlern eine noch geringere Rolle, da hier nur kurze Entfernungen zurück gelegt werden und die Position auf dem Wohnungsmarkt sowie die Vergabep Praxis des öffentlich geförderten Wohnungsbaus als limitierende Faktoren die freie Entscheidung zur Wohnungswahl stark beschränken. Ob bei fortschreitender Aufenthaltsdauer Netzwerke für weitere Migrationsschritte von Bedeutung sind und sich in ihrer Folge Segregationsprozesse einstellen, kann auf Basis der vorliegenden Daten nicht ermittelt werden.

Hinsichtlich der Entwicklung und Verfestigung möglicher Konfliktpotentiale kommt, angesichts der schwierigen und unvollständigen Integration der ersten Generation der Aussiedler (vgl. Lüttinger 1986) und der damit einhergehenden Konkurrenz um Wohnraum (und Arbeit), der räumlichen Konzentration von Aussiedlern in Gebieten mit hohem Ausländeranteil oder hohem Anteil an „Problemmietern“ eine gesteigerte Bedeutung zu.

Möglichkeiten zu einer Konfliktverminderung bietet die Zusammenarbeit von Stadt- und Sozialplanung sowie Wohnungsamt und gemeinnützigen Bauträgern. Eine gezielte Verhinderung von Gebäuden oder Nachbarschaften mit geschlossener Aussiedlerbevölkerung wird vielerorts im Hinblick auf die Förderung der Integration der Aussiedler diskutiert (vgl. z. B. Blaschke 1992, S. 23). Ob dies sinnvoll ist hängt u. a. davon ab, wie der Integrationsprozess der Aussiedler zu beurteilen ist. Unterstellt man, dass Aussiedler in den letzten Jahren, unabhängig von ihrer formellen Gleichstellung mit der ansässigen deutschen Bevölkerung, als Migranten viele Integrationsprobleme zu bewältigen haben, die auch für andere Migrantengruppen gelten, könnte Binnenintegration eine

Integrationshilfe darstellen (vgl. Bürkner 1998b). Als Ergebnis eines Modellprojekts in Brandenburg beurteilen Bauer und Bürkner (1998) die konzentrierte Ansiedlung von Aussiedlern, trotz der Vorteile durch Binnenintegration, in der Summe jedoch als eher nachteilig. Die Gefahr einer langfristigen Segregation benachteiligter Aussiedler bleibt auch bei einer sonst positiven Beurteilung von durch Netzwerke unterstützter Binnenintegration bestehen. Eine Mischung unterschiedlicher Personengruppen, soweit dies durch die Belegungspraxis möglich ist, birgt hingegen auch zahlreiche Konfliktpotentiale. Hier ist vor allem die Ablehnung von Aussiedlern durch deutsche und ausländische Bevölkerung in Siedlungen des sozialen Wohnungsbaus zu nennen, vor allem wenn es dort zur Konzentration von „Problemmietern“ mit mehrfacher, langdauernder Benachteiligung kommt. „Die nicht selten anzutreffende offene Ablehnung der Aussiedler (...) – sowohl von Deutschen als auch von Ausländern – fördert offene Konflikte mit den alteingesessenen Deutschen und den Ausländern (Neuhöfer 1998, S. 41 f.).“

Aufgrund der zu Beginn konstatierten „Blindheit“ der Statistiken gegenüber Aussiedlern (vgl. Fußnote 1) verfügen die Stadt- und Sozialplaner in der Regel nicht über die notwendigen kleinräumigen Informationen, um die Entstehung solcher Konfliktpotentiale frühzeitig erkennen und steuern zu können. Vor allem wo keine geschlossene Bebauung des sozialen Wohnungsbaus vorherrscht, lassen sich die erforderlichen Daten häufig nur schwierig aus unterschiedlichen Quellen kombinieren. Problematisch scheint dabei nicht nur die rechtliche Beschränkung bei der Auswertung und Ausweisung statistischer Daten zu Aussiedlern, mit dem neuen Staatsbürgerschaftsrecht in Verbindung mit den geltenden Datenschutzbestimmungen droht eine weitere Informationslücke für die Stadt- und Sozialplanung bei den Ausländern, die sich zunächst bei Kindern und Jugendlichen am deutlichsten auswirken wird. Als Konsequenz muss daher gefordert werden, dass künftig nicht nur die (klein-) räumliche Perspektive bei bevölkerungs- und sozialwissenschaftlichen Forschungen zu Aussiedlern stärker zu berücksichtigen ist, es müssen auch die Voraussetzungen dafür geschaffen werden, dass Städtestatistik und Sozialberichterstattung die dazu erforderlichen Daten zur Verfügung stellen können.

## Literatur:

- Bähr, Jürgen, 1983: Bevölkerungsgeographie. Stuttgart.
- Bähr, Jürgen; Jentsch, Christoph; Kuls, W., 1992: Bevölkerungsgeographie. Lehrbuch der Allgemeinen Geographie, Bd. 9. Berlin.
- Baily, Samuel L., 1982: Chain Migration of Italians to Argentina. Case Studies of the Agnonesi and the Sirolesi. In: Studi Emigrazione, 19. Jg., S. 73-91.
- Banerjee, Biswajit, 1993: Social Networks in the Migration Process. In: The Journal of Developing Areas, 17. Jg., S. 185-196.
- Bauer, Ute; Bürkner, Hans-Joachim, 1998: Spatially Concentrated Settlement of ethnic Germans (Aussiedler) as a Chance for Integration? Experience from a Model Project in Brandenburg. In: Espace-Populations-Societes, Bd. 3, S. 431-440.
- Blahusch, Friedrich, 1997: Zuwanderer und Fremde in Deutschland. Aussiedler/Spätaussiedler. [<http://www.sw.fh-jena.de/seminare/migration-s97/material/Blahusch.Aussiedler.html>].

- Blaschke, Jolanthe, 1992: Das räumliche Verhalten der Aussiedler in Stuttgart, dargestellt an den Siedlungen Pfaffenäcker und Neugereut. Materialien Geographisches Institut Universität Stuttgart, H. 27. Stuttgart.
- Bonacker, Margit; Haufele, Reinhard, 1986: Sozialbeziehungen von Arbeitsmigranten in unterschiedlichen Wohnquartieren. In: Hoffmeyer-Zlotnik, Jürgen (Hrsg.), Segregation und Integration. Die Situation von Arbeitsmigranten im Aufnahmeland. Mannheim, S. 118-142.
- Boyd, Monica, 1989: Family and Personal Networks in International Migration: Recent Development and New Agendas. In: *International Migration Review*, 23. Jg., S. 638-670.
- Bundesgesetzblatt, verschiedene Jahrgänge: Online-Ausgabe. [<http://bgbl.makrolog.de>].
- Bundesverwaltungsamt (Hrsg.), 1997: Info-Dienst Deutsche Aussiedler. Zahlen – Daten – Fakten, Nr. 91. Bonn.
- Bundesverwaltungsamt (Hrsg.), 1999: Info-Dienst Deutsche Aussiedler. Zahlen – Daten – Fakten, Nr. 104. Bonn.
- Bürkner, Hans-Joachim, 1998a: Kleinräumliche Wohnsegregation von Aussiedlern in der Bundesrepublik Deutschland. In: *Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft*, 23. Jg., S. 55-69.
- Bürkner, Hans-Joachim, 1998b: Was ist aus der Binnenintegrationsthese geworden? Überlegungen zu ihrer Praxisrelevanz und zum Stand der Forschung. In: Kemper, Franz-Josef; Gans, Paul (Hrsg.), *Ethnische Minoritäten in Europa und Amerika*. Berliner Geographische Arbeiten, H. 86. Berlin, S. 5-15.
- Bürkner, Hans-Joachim; Heller, Wilfried; Hofmann, Hans-Jürgen, 1997: Geographische Aussiedlerforschung in den achtziger und neunziger Jahren. In: Güßefeldt, Jörg; Spöemann, Jürgen (Hrsg.): *Geographie in der Grundlagenforschung und als Angewandte Wissenschaft*. Göttinger Geographische Abhandlungen, H. 100, Göttingen, S. 215-231.
- Fischer, Claude S., 1977: Network Analysis and Urban Studies. In: Fischer, Claude S.; Jackson, Robert Max (Hrsg.), *Network and Places. Social Relations in the Urban Setting*. New York.
- Gödecke-Stellmann, Jürgen, 1994: Räumliche Implikationen der Zuwanderung von Aussiedlern und Ausländern. Rückkehr zu alten Mustern oder Zeitenwende? In: *Informationen zur Raumentwicklung*, H. 5/6, S. 373-386.
- Surak, Douglas T.; Caces, Fe, 1992: Migration Networks and the Shaping of Migration Systems. In: Kritiz, Mary M., Lim, Lin Lean; Zlotnik, Hania (Hrsg.), *International Migration Systems. A Global Approach*. Oxford, S. 150-176.
- Güttler, Helmut, Klaus-Peter, 1989: Bauland für Aussiedler-Wohnungsbau. In: *Informationen zur Raumentwicklung*, H. 5, S. 353-357.
- Haberland, Jürgen, 1994: Eingliederung von Aussiedlern. 6. Aufl. Leverkusen.
- Heller, Wilfried; Koch, Friedhelm, 1987: Deutsche Aussiedler aus Rumänien – Landsleute oder eine Minorität? Zur räumlichen Mobilität einer Einwanderergruppe. In: *Jahrbuch für Ostdeutsche Volkskunde*, Bd. 30, S. 21-55.
- Hofmann, Hans-Jürgen; Heller, Wilfried; Bürkner, Hans-Joachim, 1991: Aussiedler in der Bundesrepublik Deutschland. In: *Geographische Rundschau*, 43. Jg., S. 736-739.
- Hofmann, Hans-Jürgen; Heller, Wilfried; Bürkner, Hans-Joachim, 1992: Aussiedler – eine neue Minorität. *Praxis Kultur- und Sozialgeographie*, H. 9. Göttingen.
- Höllinger, Franz; Haller, Max, 1990: Kinship and Social Networks in Modern Societies: A Cross-Cultural Comparison Among Seven Nations. In: *European Sociological Review*, 6. Jg., S. 103-124.
- Kemper, Franz-Joseph, 1995: New trends in mass migration in Germany. In: King, Russell (Hrsg.), *Mass Migration in Europe. The Legacy and the Future*. Chichester, S. 257-274.
- Knights, Melanie; King, Russell, 1998: The Geography of Bangladeshi Migration to Rome. In: *International Journal of Population Geography*. 4. Jg., S. 299-321.
- Lederer, Harald W., 1997: Migration und Integration in Zahlen. *Forum Migration* 4. Bonn.

- Lüttinger, Paul, 1986: Der Mythos der schnellen Integration. In: Zeitschrift für Soziologie, 15. Jg., S. 20-36.
- Mamme, Ulrich, 1993: Zur Situation der Aussiedler in der Bundesrepublik Deutschland. Werkstattbericht zum Projekt des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung. In: Raumforschung und Raumordnung, S. 265-275.
- Mamme, Ulrich; Schiener, Rolf, 1998: Zur Eingliederung der Aussiedler in die Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland. Schriftenreihe des Bundesinstitutes für Bevölkerungsforschung, Bd. 25. Opladen.
- Mamme, Ulrich; Swiaczny, Frank, 2001: Aussiedler. In: Institut für Länderkunde, (Hrsg.), Atlas Bundesrepublik Deutschland. Bevölkerung. Leipzig (in Vorbereitung).
- Münz, Rainer; Ohlinger, Rainer, 1998a: Deutsche Minderheiten in Ostmittel- und Osteuropa. Aussiedler in Deutschland. Demographie aktuell, Nr. 9, 3. Aufl. Berlin.
- Münz, Rainer; Ohlinger, Rainer, 1998b: Long-Distance Citizens. Ethnic Germans and Their Immigration to Germany. In: Schuck, Peter; Münz, Rainer (Hrsg.), Paths to Inclusion. The Integration of Migrants in the United States and Germany. Migration and Refugees, Vol. 5. New York, S. 155-201.
- Neuhöfer, Manfred, 1998: Überforderte Nachbarschaften. Eine Analyse von Siedlungen des sozialen Wohnungsbaus und die Situation der Migranten. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. B 49/98, S. 35-45.
- Reichling, Gerhard, 1986: Die deutschen Vertriebenen in Zahlen. Teil 1. Bonn.
- Rudolph, Hedwig, 1994: Dynamics of Immigration in a Nonimmigrant Country: Germany. In: Fassmann, Heinz; Münz, Rainer (Hrsg.), European Migration in the Late Twentieth Century. Aldershot, S. 113-126.
- Swiaczny, Frank, 1999: Aussiedler – Migration und räumliches Verhalten. Dargestellt am Beispiel der Stadt Mannheim. In: Wendt, Hartmut (Hrsg.), Zuwanderung nach Deutschland – Prozesse und Herausforderungen. Materialien zur Bevölkerungswissenschaft, H. 94, S. 39-60.
- Swiaczny, Frank; Horn, Michael; Lukhaup, Rainer, 1999: Ausländer in Mannheim. Migration und Integration im Wandel. Materialien des Geographischen Instituts der Universität Mannheim, H. 17. Mannheim.
- Tiedtke, Klaus-Peter, 1989: Die deutschen Aussiedler. Hintergründe, Fakten und Perspektiven der Aussiedlung und der Eingliederung. In: Informationen zur Raumentwicklung, H. 5, S. 343-352.
- Ulrich, Ralf E., 1994: Vertriebene und Aussiedler. The Immigration of Ethnic Germans. In: Steinmann, Gunter; Ulrich, Ralf E. (Hrsg.), The Economic Consequences of Immigration to Germany. Heidelberg, S. 155-177.
- Veith, Karin, 1994a: Auswahlbibliographie zum Thema „Ausländer und Aussiedler“. In: Informationen zur Raumentwicklung, H. 5/6, S. 419-426.
- Veith, Karin, 1994b: Überlegungen zur Zuwanderung am Beispiel der Aussiedler. In: Informationen zur Raumentwicklung, H. 5/6, S. 363-371.
- White, Paul, 1994: Migration Research. In: Hooimeijer, P.; Van der Knaap, G. A.; Van Weesep, J.; Woods, R.I. (Hrsg.), Population Dynamics in Europe. Current Issues in Population Geography. Nederlandse Geografische Studies, Bd. 173. Utrecht, S. 53-67.
- Wilpert, Czarina, 1992: The Use of Social Networks in Turkish Migration to Germany. In: Kritz, Mary M., Lim, Lin Lean; Zlotnik, Hania (Hrsg.), International Migration Systems. A Global Approach. Oxford, S. 177-189.
- Zelinsky, Wilbur; Barrett, A. Lee, 1998: Heterolocalism. An Alternative Model of the Sociospatial Behaviour of Immigrant Ethnic Communities. In: International Journal of Population Geography, 4. Jg., S. 281-298.

**Dipl.-Geog. Frank Swiaczny**  
**Universität Mannheim**  
**D-68131 Mannheim**  
**Tel.: +49.621.1811960**  
**Fax.: +49.621.1811955**  
**e-Mail: swiaczny@rumms.uni-mannheim.de**

*Frank Swiaczny*, Diplom-Geograph, geb. 1967, Mitarbeiter am Geographischen Institut der Universität Mannheim, Publikationen zu Ausländern, Aussiedlern und Migration u.a. im Nationalatlas der Bundesrepublik Deutschland.